

# AUFRUF „SO WAS KOMMT VON SO WAS“

## 50 JAHRE GESCHICHTSREVISIONISMUS UND VOLKSTÜMELEI : HISTORISCHE SCHULD LÄSST SICH NICHT LEUGNEN

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden Teile Deutschlands in die vier bekannten Besatzungszonen eingeteilt, andere Teile wurden verschiedenen Nationen zugesprochen. Aus einigen dieser Nationen kam es in der Folgezeit zu Umsiedlungen nach Deutschland. Die Deutschen hatten sich in diesen Staaten schon vor der Herrschaft der Nationalsozialisten größtenteils als eigenständige Kollektive konstituiert. Diese basierten einzig auf der angeblich gleichen Kultur. Mit dieser Abgrenzung hatte die Deutschen sich als von der restlichen Bevölkerung unterschieden verortet. Als Kollektiv hatten sie eine, teilweise gewalttätige, völkische Politik betrieben. Während des Nationalsozialismus, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, waren sie Nutznießer und aktive Träger der nationalsozialistischen Herrschaft.

Aus gutem Grund wurde diesen Umgesiedelten von den Alliierten direkt nach dem Zweiten Weltkrieg eine eigenständige Orga-

nisierung untersagt. Erst im Zuge der nachlassenden Entnazifizierungsbemühungen konnten sich in den frühen 50er Jahre erste „Vertriebenenorganisationen“ gründen. 1950 wurde die *Charta der Vertriebenen* unterzeichnet, in welcher diese sich unter völliger Missachtung der historischen Umstände zu Leidenden des Zweiten Weltkrieges erklärten. Eine Ansicht, die auch heute noch offensiv in der Selbstbezeichnung als „Vertriebene“ vertreten wird.

1957 wurde dann als Dachorganisation der *Bund der Vertriebenen* [BdV] begründet, dessen 50er Geburtstag am 22. Oktober 2007 von ihm in Berlin begangen wird. Auch wenn der BdV gerne den Eindruck erweckt, vertrat er nie die Gesamtheit aller Umgesiedelten, sondern immer nur den Teil der deutschen Bevölkerung, der sich zur Geschichtsdeutung und Politik der organisierten „Vertriebenen“ bekannte. Die Umgesiedelten, die sich entweder damit abfanden, dass die Umsiedlungen nicht rückgängig zu

machen sind oder aber deren Berechtigung trotz der eigenen Geschichte einsahen, waren nie Teil des BdV.

Mit ihrer *Charta der Vertriebenen* versuchten die „Vertriebenen“ sich als Opfer der nationalsozialistischen Politik darzustellen. Gleichzeitig wird die Charta bewusst als Protest gegen das *Potsdamer Abkommen* begriffen. Bereits in den 1950er Jahren forderten die „Vertriebenen“ auf Grundlage dieser Charta, bei der Frage europäischer Machtkonstellationen mitentscheiden zu können.

## LEIDEN UND GEBIETSANSPRÜCHE

Faktisches Ziel in den ersten 20 bis 30 Jahren der Existenz des BdV war es, politisch den Anschluss der DDR, Polen und der Tschechoslowakei zugesprochenen Gebiete an die Bundesrepublik zu erreichen. Die auch heute noch vom BdV benutzte Parole des „Rechts auf Heimat“ sollte lange Zeit einen expliziten Anspruch auf diese Gebiete aufrecht erhalten.

In den Jahren nach der Wiedervereinigung kam es zu einem diskursiven Wandel. Dieser ging mit einem Generationenwandel in der Führungsetage und an der Basis des BdV einher. Nicht mehr die wirklich Umgesiedelten, sondern eine sogenannte „Bekennnisgeneration“ übernahm aus Altersgründen nach und nach die Arbeit des Verbandes. Unausgesprochenes Ziel ist es heute, eine kulturell-hegemoniale Dominanz in den ehemals von Deutschen mitbewohnten Gebieten zu erringen. Dies manifestiert sich unter anderem in den Forderungen des BdV nach einem „Minderheitenstatus“ oder „Volkgruppenrechten“ für Deutsche im Ausland. Gleichzeitig betreibt der BdV und seine Unterorganisationen in von ihm als Einflussgebiet angesehenen Gemeinden eine Kulturpolitik, welche vorrangig darauf abzielt, die tatsächliche oder angebliche deutsche Tradition in der jeweiligen Gemeinde zu erhalten.

Gesellschaftlich bedeutsam ist der BdV heute durch das Aufgreifen und beständige Verbreiten eines spezifisch völkischen Heimatdiskurses. Heimat versteht der BdV als ein erbliches, mit der Geburt gegebenes und unveräußerliches Gut, welches grundlegend

für die kulturelle Identität eines Menschen sei.

Dass es einen guten historischen Grund gab, die Deutschen umzusiedeln, will der BdV dabei nicht wahr haben. Ebenso wenig den Fakt, dass die Ungerechtigkeiten und Leiden, die bei oder durch diese Umsiedlung eintraten, ihren Ursprung im politischen Verhalten der Deutschen vor 1933 und während der nationalsozialistischen Herrschaft hatten. Stattdessen pflegen die „Vertriebenen“ einen Diskurs, indem vermeintliches oder tatsächliches Leid als Bewertungsgrundlage von Politik angesehen wird. Dieser ist auch in der öffentlichen Debatte um den Alltag im dritten Reich angekommen.

Dass die Umgesiedelten litten, gilt als grundlegend für die historische Bewertung dieser Vorgänge. Und nicht, dass es Gründe für die Umsiedlungen gab und dass dies in einem zerstörten Europa geschah. Mit dieser Argumentation wird die gesamte Menschheitsgeschichte auf eine einfache Formel reduziert, bei der alle Leiden als gleichwertig angesehen werden. Das Überleben von Konzentrationslagern, die Flucht vor den Genoziden der letzten Jahrzehnte auf dem afrikanischen Kontinent und anderes, wird so auf eine Ebene gestellt, auf der sich die „Vertriebenen“ ebenfalls verorten. Dies ist argumentativ absurd. Gleichzeitig ist es aber – beispielsweise durch die zahlreichen Dokumentationen der *ZDF-Geschichtsredaktion* und solche Kinoerfolge wie *Der Untergang* – schon längst zur akzeptierten Argumentation innerhalb der deutschen Öffentlichkeit geworden. Wobei es schwierig ist, den Anteil der Politik der „Vertriebenen“ an der Verbreitung dieser Meinung einzuschätzen. Vielleicht ist er nicht annähernd so groß, wie manchmal angenommen wird. Auffällig ist allerdings, dass sich die Äußerungen des BdV und breiter Teile der Öffentlichkeit, heute kaum noch voneinander unterscheiden lassen.

## ZENTRUM, GEDENKTAG UND SCHULALLTAG

Das bisher am weitesten fortgeschrittene Projekt der „Vertriebenen“ firmiert unter dem Titel *Zentrum gegen Vertreibung*. Die erste Grundthese dieses Projektes ist, dass

jede Vertreibung von Menschen, ungeachtet aller Begleitumstände, ein Verbrechen sei und dass die Umsiedlungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg eine solche Vertreibung darstellen würde. Die zweite Grundthese ist die, dass jedes „Volk“ eine gemeinsame historische Erfahrung hätte, diese ausgeglichen sein müsste und dass der deutschen historischen Erfahrung das angemessene Gedenken an die Umsiedlungen fehle. Die Deutschen sollen, so die Forderung des BdV, hauptsächlich gedenken, dass Deutsche umgesiedelt und damit angeblich zu Opfern wurden. Alle anderen Opfer, hätten vorerst hinter diesem Gedenken zurück zu stehen. Es geht den „Vertriebenen“ dabei letztlich um eine Gleichsetzung aller Verbrechen des Nationalsozialismus, inklusive der Shoa, mit ihrem eigenen Schicksal.

Die „Vertriebenen“ haben mit diesem Projekt erreicht, dass ihre Geschichtsdeutung öffentlich kaum noch hinterfragt wird, auch wenn der radikalen Forderung des BdV nach einem *Zentrum gegen Vertreibung* in Sichtweite des Holocaustmahnmals – und damit einer Gleichsetzung von Shoa und Umsiedlung – mehrere Male eine Absage erteilt wurde und sich nach und nach ein erweitertes Konzept eines *europäischen Netzwerkes gegen Vertreibung* durchzusetzen scheint. Doch weithin werden heute Umsiedlungen als „Vertreibungen“ bezeichnet, die historisch fragwürdigen Zahlen des BdV als Fakten übernommen und die „Vertriebenen“ als Opfer angesehen, deren Leiden öffentlich gedacht werden müsse. Fragwürdig scheint nur noch die konkrete Umsetzung dieses Gedenkens.

Kurz vor dem 50. Jahrestag ihres Verbandes traute sich deren Vorsitzende Erika Steinbach mit einer weiteren Forderung in die Öffentlichkeit. Es reicht ihr offenbar nicht, dass den Behauptungen ihres Verbandes nach und nach öffentlich Glauben geschenkt wird. Sie möchte einen nationalen Gedenktag für die „Vertriebenen“ etablieren. Eine Etablierung eines solchen Tages als offiziellen Gedenktag würde konsequent zu Ende gedacht bedeuten, dass die deutsche Öffentlichkeit einmal jährlich gedenkt, den Zweiten Weltkrieg verloren zu haben.

Einen massiven Hinweis auf den bedeutenden inhaltlichen Einfluss der geschichtsrevisionistischen Strömung in der deutschen Gesellschaft, an welcher die „Vertriebenen“ aktiv teilnehmen, ist die Tatsache, dass in Nordrhein-Westfalen seit dem Schuljahr 2007/2008 das Thema „Vertreibungen der Deutschen“ in den Jahrgängen fünf bis zehn im gymnasialen Rahmenplan vorgesehen ist. Der Plan der umstrittenen Schulministerin lautet, diese Regelung in den nächsten Jahren auch in den anderen Schultypen durchzusetzen, auch wenn die Oppositionsparteien noch protestieren. Die „Vertriebenen“ stimmten diesem Plan begeistert zu und möchten ihn gerne auf alle Schulen in Deutschland ausgedehnt sehen.

Neben diesen Initiativen gibt es innerhalb des Verbandes weiterhin eine einflussreiche Gruppe von Befürwortern und Befürworterinnen von Gebietsansprüchen. Furore machte dabei in den letzten Jahren hauptsächlich die *Preussische Treuhand*. Diese Organisation kündigte an, Klagen von „Vertriebenen“ gegen Polen auf Rückgabe von Eigentum zu sammeln und vor dem *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* zu vertreten. Hiermit will die *Preussische Treuhand* erreichen, die Umsiedlungen als Unrecht anerkennen zu lassen. Auch wenn der BdV sich offiziell von dieser Organisation distanzierte, wird sie doch einzig getragen von Mitgliedern des BdV, bis hin zum Vorsitzenden einer der größten Gruppen im BdV, der *Landsmannschaft Schlesien*.

## ZWANGSKOLLEKTIV

Grundlegend für die Politik des BdV außerhalb Deutschlands ist das Verständnis von „Volksgruppen“. Individuen werden nach diesem Verständnis nicht vorrangig als Bürgerinnen und Bürger des Staates angesehen, in dem sie leben, sondern als Angehörige eines „Volkes“. Welchem „Volk“ ein Individuum dabei angehört, geht einzig und allein aus der Zugehörigkeit der leiblichen Eltern hervor. Jene Zuordnung ist nach dieser Vorstellung unabänderlich. Ein „Volk“ ist somit eine Zwangsgruppierung mit vererbter Mitgliedschaft.

Während viele Formen des Rassismus und Nationalismus davon ausgehen, dass für je-

des „Volk“ eine eigenständige Nation begründet werden müsse, vertritt der BdV – zumindest die Teile, die von Gebietsrevisionen absehen – ein modifiziertes Konzept. Dieses findet heutzutage auch in rechtsextremen Kreisen mehr und mehr Akzeptanz, gilt aber auch Teilen der offiziellen deutschen Politik als Grundlage der deutschen Außenpolitik. Es ist im Rahmen dieser Auffassung möglich, dass unterschiedliche „Völker“ in einem Staat leben können. Für das Funktionieren und Bestehen eines Staates wird es als notwendig angesehen, dass alle Menschen schicksalhaft jeweils einem „Volk“ zugeordnet werden und vor allem im Rahmen dieser „Volksgruppen“ politische Macht ausüben.

Dieses Denken steht dem Grundgedanken vom selbstbestimmten Individuum als Menschenbild gegenüber.

Darüber hinaus beinhaltet das „Volksgruppendenken“ des BdV die Vorstellung von der Zusammengehörigkeit von „Volksgruppen“ über staatliche Grenzen hinweg. Hieraus leiten die „Vertriebenen“ ihre Verantwortlichkeit für Deutsche außerhalb Deutschlands ab.

## DEUTSCHLAND

Die Diskurse, welche der BdV pflegt, werden heutzutage auch in der deutschen Öffentlichkeit akzeptiert. Nicht nur, dass am 50. Jahrestag die Bundeskanzlerin eine Festrede halten soll und dass die jährlichen *Tage der Heimat* regelmäßig von Politikerinnen und Politikern in höchsten Regierungsämtern besucht werden.

Auch die Vorstellung, die „Vertriebenen“ über Leiden und Heimat verbreiten, haben eine gewisse Allgemeingültigkeit erlangt. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen strahlte Anfang 2007 einen Zweiteiler aus, in dem das Schicksal von Umgesiedelten als Katastrophe Unschuldiger ohne historischen Vorlauf dargestellt wurde. Gleichzeitig produziert die *Geschichtsredaktion des ZDF* unter Guido Knopp beständig Serienbeiträge, in welchen die Täter und Täterinnen des Nationalsozialismus unangefochten als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gelten und jetzt öffentlich Geschichten verbreiten können, die

sie Jahrzehnte lang schon bei Familienfesten kundgaben.

Das die Umsiedlung eine Vertreibung gewesen wäre, die mit real vorgekommen Vertreibungen und Völkermorden, wie dem an den Armeniern nach der jungtürkischen Revolution, gleichzusetzen sei, ist eine weit verbreitete Ansicht. Nicht mehr eine marginalisierte Meinung, deren Fehlerhaftigkeit offensichtlich wäre.

Bis in die 1980er Jahre stand der BdV eindeutig in der rechten Ecke des gesellschaftlichen Systems, in die er auch gehört. Heute hat er sich durch die vordergründige Aufgabe der revisionistischen Gebietsansprüche zu einer Organisation gewandelt, die in der deutschen Öffentlichkeit als annehmbar gehandelt wird.

## HEUTE

Unsere Kundgebung richtet sich einerseits dagegen, dass eine solche Organisation wie der *Bund der Vertriebenen* ganze 50 Jahre existieren und arbeiten konnte. Andererseits soll sie neben der Geschichte und dem Einfluss dieser Organisation die Selbstverständlichkeit skandalisieren, mit der die deutsche Geschichte umgeschrieben, der Nationalsozialismus zu einer überwunden Marginalie umgedeutet und antimodernen Ideologemen wie Heimat und „Volksgruppen“ eine Wahrhaftigkeit zugesprochen wird. Vielmehr ist das völkische und revan-chistische Gedankengut, dem sich der BdV bedient, gesellschaftlich akzeptiert und gefördert. Die Politik der „Vertriebenen“, die Unverschämtheiten der deutschen Öffentlichkeit im Umgang mit ihrer historischen Schuld und ihr offener Geschichtsrevisionismus, stellen sich ergänzende Teile einer gesellschaftlichen Entwicklung dar, die wir insgesamt angreifen wollen.

*Bündnis 50 Jahre sind 50 zuviel, Berlin*

*Kundgebung: 22.10.2007, 17.00, Berlin, vor der Neuen Wache (Unter den Linden 4)*

*[www.50-jahre-sind-genug.de.vu](http://www.50-jahre-sind-genug.de.vu)*